

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Neubürgeragentur jetzt auf den Weg bringen!**

Das Sanierungsland Bremen ist wie kaum ein anderes Bundesland auf stabile, möglichst aber steigende Bevölkerungszahlen angewiesen. Der Einwohnerschwund in den vergangenen 20 Jahren ist einer der Gründe für die heutige Finanzproblematik des Landes Bremen.

Die Große Koalition hat seit 1995 verstärkte Anstrengungen unternommen, die Ursachen für diesen Bevölkerungsrückgang zu beseitigen und die Entwicklung zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung mit diversen Maßnahmen zu fördern. Hierzu gehören unter anderem die Initiative „Bremer bauen in Bremen“, die Ausweisung von mehr Wohnbauflächen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Technologiepark, neue Gewerbegebiete wie Airport-City, Hemelinger Marsch, Büropark Oberneuland, der Ausbau der Bremer Innenstadt sowie der Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur sowohl in Bremen, vor allem aber in Bremerhaven.

Obwohl sich der Rückgang der Bevölkerung in Bremen verlangsamt hat, ist eine Umkehr des Trends noch nicht eingetreten. Es müssen daher weitergehende Anstrengungen unternommen werden, so viele Menschen wie möglich mit erstem Wohnsitz nach Bremen und Bremerhaven zu holen und hier zu halten. Hierzu ist insbesondere ein „Leitbild Bremen“ erforderlich, welches das Image Bremens als moderne und aufstrebende Region mit zwei lebenswerten Städten darstellt sowie ein privater Dienstleister, der dies vermittelt und potentiellen Neubürgern konkrete Hilfe anbietet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Einbeziehung des Bremerhavener Magistrats schnellstmöglich ein umfassendes Konzept zur Gründung von „Neubürgeragenturen“ in Bremen und Bremerhaven zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel der Einrichtungen soll es sein, Maßnahmen zur Gewinnung neuer Einwohnerinnen und Einwohner für Bremen und Bremerhaven und zur Bindung bereits hier wohnender Bürgerinnen und Bürger zu initiieren sowie bereits bestehende Aktivitäten zu bündeln. Dazu soll einerseits ein differenziertes und an spezifischen Zielgruppen (z. B. junge Familien, arbeitsplatzsuchende Singles, Senioren, Arbeitnehmer aus dem Ausland oder Studentinnen und Studenten) orientiertes Beratungsprogramm und andererseits ein Angebot konkreter Dienstleistungen vorgehalten werden (z. B. Unterstützung bei der Erledigung von An- und Ummeld formalitäten etc.).
2. Darüber hinaus sollen auch Aktivitäten zur überregionalen Werbung, Imagepflege und Profilierung des Landes Bremen und seiner beiden Städte eingeleitet, unterstützt und zusammengefasst werden. Möglichkeiten „Neuer Medien“ sollen dabei im Zusammenwirken mit bereits bestehenden themenähnlichen Angeboten insbesondere zur Ansprache, Information und zur Erledigung notwendiger Formalitäten offensiv genutzt werden. Diese gebündelten, auf die spezifischen Informationsbedürfnisse potentieller Neubürger zugeschnittenen Angebote sind allen Interessenten bereits vor ihrem Zuzug in geeigneter Form zugänglich zu machen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, durch Konzipierung der Einrichtung als „public-private-partnership“ von Beginn an die Mitwirkung möglichst vieler bremischer Institutionen und Unternehmen sicherzustellen. Dabei sind die spe-

zifischen Kenntnisse und Möglichkeiten von Wirtschaftsunternehmen, Verbände, Kammern und mitzuständige öffentliche Einrichtungen umfassend zu ermitteln und so weit wie möglich in Arbeit und Organisation einzubinden, um so eine größtmögliche Effizienz und Reichweite zu erzielen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über Konzept und Realisierung bis zum 30. September 2001 zu berichten.

Böhrnsen und Fraktion der SPD

Eckhoff und Fraktion der CDU